

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

A. F. Kegler & Co., Papierhandlung, Rosmeringasse 3, nahe Schlossstrasse.
Grosse Auswahl in **Fälscherbesten** bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend. Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billigst.
Gegründet 1828. Fernsprecher 162.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Anzeigen-Zertf.
Annahme von Anzeigen bis nach 5 Uhr, Sonntags nur bis 11 Uhr. Die einseitige Grundgebühr (ca. 8 Seiten) 30 Pf., Familien-Anzeigen 20 Pf., die zweifache Zahl auf 20 Pf., die dreifache 1,50 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Grundgebühr 30 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden die Grundgebühr 30 Pf. — Zusätzliche Zeilen nur gegen Vorauszahlung. Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik
Dresden-A., Wettinerstrasse 26.
Telephon 240.

Für schwache Kinder
Emulsion „mit der Plombe“, aus echt Heinz Weger'schen Lebertzen m. b. Gloride, unt. Julek v. Sphosphorolzen fähigsten bereit. Angenehm l. Geschm. Kräft. verzehr. u. bewährt b. Strohholz, engl. Ranth., schwachem Knochenbau, allgem. Körperwäche. Gr. Flasche 2,50. Versand nach auswärts. — Scht in der **Löwen-Apotheke, Altmarkt.**

Kunstaussstellung Emil Richter
Prager Strasse.
Weihnachts-Ausstellung:
Gemälde • Plastik • Kunstgewerbe.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

Für eilige Leser.

Wutvolle Bitterung: woflig, etwas fatter, Regen und Schnee.
Der König, Kaiser, Militärvereinsbund wird sein vierzigjähriges Bestehen in Gegenwart des Königs im Juli 1913 in Dresden feiern.
Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat mit Genehmigung des Bundesrates in Berlin einen Rentenausweis errichtet.
Die Zahl der alljährlich einzuwehenden Seefadetten soll in der deutschen Flotte bedeutend vermehrt werden.
Für Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika sind neue Einwanderungsbestimmungen erlassen worden.
Kaiser Franz Joseph sanktionierte die ungarische Wahlreformvorlage, die das erweiterte Wahlrecht vom Januar 1914 an einführt.
Die Gemahlin des deutschen Gesandten in Belgrad, Frau v. Griesinger, wurde in Semlin von der ungarischen Polizei unter Spionageverdacht verhaftet, nach wenigen Stunden aber wieder freigelassen.
Der französische Ministerpräsident Poincaré hat sich dem einvernehmlich erklärt, dass seine Kandidatur für die Präsidentschaft aufgestellt wird.
Lord Churchill kündigte an, dass er für Mitte 1913 die Konstituierung eines vollberechtigten 6. Geschwaders beschloffen habe.
Nach Meldungen aus Washington wurde in der Hauptstadt von Panama auf den Präsidenten Taft ein Bombenanschlag verübt; Einzelheiten fehlen noch.

Parlamentarische Betrachtungen.

Der Reichstag hat in der vierzehntägigen Arbeitszeit, die ihm vor Weihnachten zu Gebote stand, nur ein paar kleinere Vorlagen erledigt und alles Wichtigere teils auf den Weg der Kommissionsberatung verwiesen, teils überhaupt noch nicht in Angriff genommen. Die in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutendste Vorlage über das Petroleummonopol dürfte im weiteren Verlaufe der Tagung wohl die hauptsächlichsten Schwierigkeiten für eine Verständigung zwischen Regierung und Parlament bieten. Die Kritik, die der Entwurf gefunden hat, läßt schon jetzt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß seine Annahme auf jeden Fall nur in erheblich veränderter Form möglich sein wird.
Die Etatberatung hand noch mehr als sonst im letzten allgemeinen politischen Erörterungen, die mit dem Budget entweder nur sehr losen oder überhaupt keinen Zusammenhang aufweisen hatten. Einen besonderen Charakter erhielten die Erörterungen diesmal durch die in der vorigen Session neu eingeführten „kurzen Anfragen“, die in solcher Menge über die Regierung hereinbrachen, daß deren Vertreter alle Hände voll zu tun hatten, um sich der Hochflut zu erwehren. Manche Sitzungen muteten sich infolgedessen an wie harmlose Plauderstunden zwischen Regierung und Parlament, bei denen von den amtlichen Stellen in kurzer und bündiger Form das verlaublichste wurde, was sonst in Form von umständlichen offiziellen Darlegungen mit Hilfe der Druckerwärter verständlich zu werden pflegt. Insofern kann man in den kurzen Anfragen immerhin eine nützliche Einrichtung erblicken, weil Regierung und Volksvertretung dadurch in den Stand gesetzt werden, sich auf die schnellste Weise über gewisse Angelegenheiten, die eine öffentliche Klärung als erwünscht erscheinen lassen, zu verständigen. Dieses günstige Urteil ist aber an die Voraussetzung geknüpft, daß die neue parlamentarische Handhabung in der richtigen Art gebraucht wird, d. h. daß sowohl der Stoff zu den kurzen Anfragen sorgfältig gesichtet als auch die entsprechende Form dafür gefunden wird. In dieser Hinsicht ist der erste Versuch entschieden nicht glücklich verlaufen. Der Reichstag wird künftig auf eine wesentliche Eindämmung der kurzen Anfragen Bedacht nehmen müssen, wenn er nicht denen Recht geben will, die einen Mißbrauch der Einrichtung voraussetzen, weil sie nicht daran glauben, daß das Reichsparlament sich die notwendige Beschränkung im Gebrauche der neuen Befugnis werde auferlegen können.
Im Gegensatz zu der bedingten Anerkennung der kurzen Anfragen muß der unbefangene Beurteiler die Ablehnung des ebenfalls in der vorigen Session neu-

geführten Vertrauens- und Mißtrauensvotums gegenüber dem Reichskanzler im Anschluß an die Besprechung von Interpellationen durchaus aufrecht erhalten. Gleich der erste Vorstoß dieser Art, der von sozialdemokratischer Seite aus Anlaß der Fleischsteuerungsinterpellation unternommen wurde, trug so sehr den Stempel eines beabsichtigten parlamentarischen Uebergriffes, daß auch die Nationalliberalen, mit deren Hilfe diese Erweiterung des Interpellationsrechts zustande kam, scharf dagegen Stellung nahmen. Da der Reichstag seinerzeit veräußert hat, die formellen Grenzen für die Erklärung, ob die Mehrheit des Reichstages von der amtlichen Antwort auf eine Interpellation befriedigt ist oder nicht, in zweifelsfreier Weise festzusetzen, so wurde die Sache an die Geschäftsordnungscommission verwiesen, deren Vorschläge zur Regelung der Frage demnächst das Plenum beschäftigen werden. Wie aber auch die endgültige Entscheidung ausfallen mag, auf keinen Fall können dadurch die grundsätzlichen Bedenken zerstreut werden, die von vornherein gegen eine solche Erweiterung der parlamentarischen Befugnisse an dieser Stelle geltend gemacht wurden, und die darin gipfeln, daß es sich um einen verheerenden Versuch des Radikalismus handelt, auf die verfassungsmäßig allein dem Kaiser zuzehende Berufung und Entlassung des Reichskanzlers Einfluss zu gewinnen.
Die Neuwahl des Präsidiums, die infolge der Mandatsniederlegung des Abgeordneten Dr. Kacmpf notwendig wurde, ließ den Vorschlag wieder aufleben, einen dritten Vizepräsidentenposten zu schaffen, um den Konservativen, Nationalliberalen, Fortschrittlichen und dem Zentrum je eine Stelle im Präsidium zuzuteilen. Bis jetzt ist es nicht gelungen, eine solche Kombination praktisch zu verwirklichen. Gleichwohl erscheint sie als die natürlichste Lösung, solange der Reichstag, wie jetzt, keine ausreichende einheitliche Mehrheit besitzt, und da diese Verhältnisse voraussichtlich auf absehbare Zeit andauern werden, so wächst auch die Wahrscheinlichkeit, daß die Fraktionen schließlich doch noch einmal von dem Auskunftsmitglied des Reichspräsidiums Gebrauch machen werden.
Das preussische Abgeordnetenhaus hatte sich ebenfalls mit einer Neuwahl seines Präsidenten zu beschäftigen und vollzog diese auf dem ungewöhnlichen Wege der Affirmation. Das ist eine außerordentliche Vertrauenskundgebung, die beweist, welches hohen Ansehens der 1. Ausschüsse, der frühere Reichstagspräsident Graf Schwerin-Löwis, sich bei allen Parteien erfreut. Der Graf ist das Urbild eines echten preussischen Edelmannes der alten Schule, von einer so untadeligen Vornehmheit des Auftretens und der Gesinnung, daß er auch solchen ungeschickten Elementen, wie es „Die roten Sech“ in der Volksvertretung sind, unwillkürlich Respekt abnötigt. Auf parteipolitischen Gebiete ist Graf Schwerin-Löwis überzeugter und zielbewusster Anhänger eines geschlossenen Kampfes aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie. Bei den letzten Reichstagswahlen vertrat er diesen Standpunkt in einer vielbemerkten Rede, worin er seinem fortschrittlichen Gegenkandidaten persönlich volle Anerkennung sollte und gleichzeitig die Parole ausgab, daß unter allen Umständen jeder bürgerliche Kandidat gegen die Sozialdemokratie unterjocht werden müsse.
Während der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses spielte sich eine etwas sonderbar anmutende Episode ab, welche die sonst durch großartige Sachlichkeit ausgezeichnete preussische Volksvertretung nicht ganz auf ihrer sonstigen Höhe zeigte. Die Abgeordneten des preussischen Volkes wollen ebenso wie die Mitglieder des Herrenhauses einen Garten haben, in dem sie zur Erholung launwandeln können. Zu dem Zwecke hatten sie sich an das Kriegsministerium mit der Bitte um Ueberlassung eines dazu geeigneten, dem Militärstützpunkt gehörigen Grundstücks gewandt. Das Kriegsministerium lehnte die Bitte „aus militärischen Gründen“ ab, knüpfte aber in demselben Atem Verkaufsverhandlungen mit einer Möbelfirma an. Das verschupfte die Abgeordneten dermaßen, daß sie von einer sonst selbst bei den wichtigsten Anlässen nicht benutzten Verfassungsbestimmung Gebrauch machten, um unter Berufung darauf den Reichskanzler als preussischen Ministerpräsidenten, den Kriegsminister und den Minister des Innern vor das parlamentarische Forum zu zittern. Der Kriegsminister zog es vor, dem Rufe nicht Folge zu leisten, während der Reichskanzler und der Minister des Innern sich zwar sehr höflich, aber auch sehr ungenügsam zeigten und erklärten, daß sie vorläufig noch keine Auskunft geben könnten. Die Haupt- und Staatsaktion endete

damit, daß die Sache von den Konservativen, den Nationalliberalen und dem Zentrum gemeinsam an die Kommission zurückerwiesen wurde, allerdings nicht, ohne daß die Fortschrittler noch einen gewaltigen Aufbauschungsversuch gemacht hatten, als wenn das ganze preussische Verfassungsleben auf dem Spiele stände. Die führenden Parteien haben inzwischen eingesehen, daß blinder Eifer nur schadet und werden dafür sorgen, ihrem Unmut über das Verhalten des Kriegsministeriums, soweit er sachlich berechtigt ist, auf angemessenere Weise in der Kommission zum Ausdruck zu bringen.

Die Londoner Konferenzen.

Die Wiederaufnahme der Konferenzen der Londoner Botschafter wird, wie die „N. Fr. Corr.“ von diplomatischer Seite erfährt, von dem Fortschritt der Arbeiten der Friedenskonferenz abhängen. Die Frage der Wiedereinnahme des Rückens Albanien, ebenso die der Inseln wird erst in Angriff genommen werden können, wenn die Stellungnahme der Friedensdelegierten zu diesen Fragen bekannt sein wird. Unter diesen Umständen ist es noch nicht sicher, ob die Botschafterkonferenz bereits am 2. Januar, wie gemeldet worden war, zusammentritt.

Die Pforte und die Friedensbedingungen.

Die Situation, wie sie sich nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen gestaltet hat, wurde von Berliner osmanischer Seite einem Mitarbeiter des „Kölnischen Anzeigers“ wie folgt gefenngzeichnet: Der kommende Tag (d. h. heute, Sonntag) der Friedenskonferenz wird mit der Erklärung der türkischen Delegierten eröffnet werden, daß für sie ein weiteres Verhandeln auf solcher Basis völlig ausgeschlossen ist. Es darf als sicher betrachtet werden, daß in der wegen der Festtage eingetretenen Pause die osmanischen Bevollmächtigten von der Pforte in diesem Sinne unterrichtet worden sind. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß man in Konstantinopel gar nicht anders konnte, denn die Bedingungen sind so gestellt, als wäre durch die Einnahme der Thessaloniki-Linie die Türkei hoffnungslos besiegt. Da aber diese Befehlsbefehle noch im Besitz der Osmanen sind und diese daher sich alles eher denn als besieg betrachtet, so ist nur zweierlei möglich. Entweder hat man so viel verlangt, um durch späteres Ablassen die zur Einnahme führende mittlere Linie zu gewinnen, oder man glaubt sich im Lager der Verbündeten stark genug, das letzte Bollwerk vor Konstantinopel niederzuzwingen und die Hauptstadt selbst zu nehmen. Ausgeschlossen ist jedenfalls, daß die Alliierten selbst glauben, die Türkei werde auf ihre Vorschläge eingehen. Daß die Bulgaren eine Fortsetzung des Kampfes wünschen, ist freilich auch schwer anzunehmen, wissen sie doch am besten, wie sich ihr Ansturm an den Thessaloniki-Linien brach und daß sie dabei vor Truppen zurückweichen mußte, die von den Bulgaren geschlagen, hinter dem Erdwällen Zuflucht gesucht hatten. Inzwischen seien diese Erdwälle zu förmlichen Festungswerken umgewandelt und die zu Siegern gewordenen geschlagenen Soldaten haben ihre Zahl von Tag zu Tag sich mehren und ihre Organisation innerlich sich festigen sehen. Nach meiner Kenntnis der Dinge und der in Istanbul herrschenden Stimmung, so meinte der Gewährsmann, müßte ich mich sehr täuschen, sollte aus London morgen (d. h. heute, Sonntag) nicht gemeldet werden: Die Sitzung der Friedenskonferenz war nur von kurzer Dauer. In eine Debatte konnte nicht eintreten werden, da die türkischen Delegierten im Namen ihrer Regierung die Erklärung abgaben, daß sie auf solcher Basis nicht weiter verhandeln würden.

Ein bulgarisches Dementi.

Die Meldung, daß General Sawow nach Konstantinopel gekommen sei und dort mit Kiamil Pascha über die Fragen betreffend die Friedensverhandlungen konferiert habe, wird von der Bulgarischen Telegraphen-Agentur als Fälschung bezeichnet. Die bulgarische Regierung habe keinen Augenblick an besondere und geheime Beziehungen mit der Türkei gedacht.

Ein montenegrinischer Fürst der ägäischen Inseln.

Zu der Frage, um welchen Preis Montenegro seinen Anspruch auf Skutari zugunsten Albanens aufgeben würde, wird gemeldet, daß für den Fall eines solchen Verzichtes ein jüngerer Sohn des Königs von Montenegro Anstalt hätte, Fürst der von der Türkei abzutretenden ägäischen Inseln zu werden.

Die Gemahlin des deutschen Gesandten in Belgrad unter Spionageverdacht.

Die Gemahlin des deutschen Gesandten in Belgrad, Baronin Griesinger, besorgte am Dienstag vormittag in Semlin Einkäufe. Die ungarische Grenzpolizei glaubte, die elegant gekleidete Dame sei eine Spionin, und stellte sie daher trotz ihrer Protektion unter Polizeiaufsicht. Die Baronin wurde erst nach zwei Stunden entlassen, als ihr Gemahl, der Graf v. Griesinger, sie selbst legitimiert hatte. Die ungarische Grenzpolizei leitete Abbitte wegen des Mißgriffes.